

Wilsdruffer Tageblatt

Jahressprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erhalten täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei
Einschickung monatlich 2 M., durch unsere Mitglieder getragen in der Stadt monatlich 1 M., auf dem Lande
2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 3 M., mit Zustellungsgebühr. Alle Postgebühren und Postkosten sowie
unserer Mitglieder und Geschäftsleute nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle schwerer Krankheit, Krieg oder
sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Infanteriepatente III. für die 6-gelbste Kompanie oder deren Namen, Namen, die 2-spaltige Kompanie III.
Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bei Anträgen im amtlichen Teil (nur von
Zehntel) die 2-gelbste Kompanie III. Nachweisungsgebühr 50 Pf. Antragsmonatliche 14 vorwärts
10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Angaben übernehmen wir keine Haftung. Jeder Nach-
auftrag erfolgt, wenn der Betrag durch Konto eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung stellt.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inzerenten: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 77

Freitag den 31. März 1922.

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Der nachstehende 4. Nachtrag zum Ortsgesetz für die Stadt Wilsdruff vom 28. November 1912 wird hiermit veröffentlicht.
Wilsdruff, am 28. März 1922.

Der Stadtrat.

Verzeichnis über die zu beschaffenden Geräte liegt an Ratstafel (Zimmer 14) zur Einsicht aus.

Preisangebote werden bis 6. April 1922 erbeten.

Wilsdruff, am 30. März 1922.

2713

Der Stadtrat.

4. Nachtrag

zu dem Ortsgesetz für die Stadt Wilsdruff vom 28. November 1912.

I.

§ 2 erhält folgende Fassung:

Der Gemeindebezirk umfaßt alle im Flurbuche für Wilsdruff d. d. Finanzministerium 1. Abteilung Dresden, am 8. Oktober 1867 und seinen Nachträgen verzeichneten Flurstücke einschließlich aller zum bisherigen selbständigen Gutbezirk des Ritterguts Wilsdruff gehörigen Flurstücke.

II.

Dieser Nachtrag tritt am 1. April 1922 in Kraft.

Wilsdruff, am 2. Februar 1922.

Die Stadtverordneten.

(L. S.) gez. Dr. Kronfeld,

(L. S.) gez. Oberl. Kantor Dienrich,

Bürgermeister.

1. Vorsitz.

444 II C.

Genehmigt.

Dresden, am 22. März 1922.

Ministerium des Innern.

Für den Minister:

(L. S.) J. A. gez. Dr. v. Borde.

Für die Mädchenfortbildungsschule sollen 4 Kochherde mit den dazu erforderlichen Geräten (Teller, Töpfe, Schüsseln, Messern, Gabeln usw.) beschafft werden. Ein genaues

Kleine Zeitung für eilige Leset.

* Die deutschen Ressortminister haben ihre Vorbesprechungen im Senat abgeschlossen. Das Kabinett wird nun die deutschen Abgesandten für Genoa bestimmen.

* Am Reichstage hielt der Außenminister Dr. Rathenau im Rahmen der allgemeinen Debatte eine Rede über die Reparationsnote.

* Der preussische Landwirtschaftsminister Wendorf wies im Landtage auf die Notwendigkeit hin, die landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen und warnte vor dem Viefersteil.

* In einem Berliner Konzertsaal wurde von zwei früheren russischen Leutnants ein Revolverattentat auf Wilschlow verübt, bei dem Senator Kabanow erschossen wurde.

* Die französische Regierung hat den Justizminister Barthou zum Führer der französischen Delegation für Genoa ernannt.

Das „Nein“ des Kanzlers.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns über die Dienstreise des Reichskanzlers Dr. Brüning, der Erfüllungskanzler, hat sich der Aufgabe, diesmal ein klares und hartes „Nein“ zu sprechen, wie auch seine Gegner anerkennen müssen, mit ruhiger Würde unterzogen, in der er Festigkeit und Besonnenheit zu verbinden wußte, und der Reichstag hat die Antwort der Regierung auf die Reparationsnote, bei aller Meinungsverschiedenheit im einzelnen, in maßvoller Haltung entgegengenommen. Wir dürfen uns dessen freuen, des Beispiels von oben und der Art, wie es diesmal besagt wurde, denn nichts könnte mit der Lage, in der wir uns befinden, in krasserem Widerspruch als Gezänk und Lärm-macherei. Wir würden mit solchem Gebaren unseren Feinden nur noch mehr in die Hände arbeiten.

Dabei braucht seinen Augenblick verschwiegen zu werden, daß die Meinungen über den Inhalt der Kanzlerrede auch diesmal auseinandergehen. Auf der einen Seite diejenigen, die mit allem, was Dr. Brüning gesagt hat, einverstanden sind, die das „Nein“ klar, bestimmt und verlässlich finden, ein Wort, an dem nichts zu rütteln und zu denken sei. Auf der anderen Seite die Misstrauenden, die schon den Übergang vom gestrigen „Nein“ zum morgigen „Ja“ vor sich sehen, und Herrn Dr. Brüning und den Seinen weder den ersten Willen noch die äußerste Kraft zutrauen, auf der Ablehnung der neuesten Ententeforderungen unter allen Umständen zu verharren. Sie glauben, daß der Reichskanzler von der Notwendigkeit seiner Erfüllungspflicht heute nicht weniger als je überzeugt und zu ihrer Fortführung entschlossen sei, obwohl er zugeben mußte, daß seine Bemühungen, damit eine günstigere Verhandlungsatmosphäre zwischen Deutschland und seinen Gläubigern zu schaffen, gescheitert sind. Bei solchem Tatbestand hätte nach ihrer Meinung die Regierung Brüning die politisch-parlamentarischen Konsequenzen ziehen und anderen Leuten das Heft der Regierung überlassen müssen. So löst es von rechts, so löst es auch von ganz links herüber.

Aber niemand würde behaupten können, daß diese in jeder Krisis wiederkehrende Forderung heute mit demjenigen Nachdruck geltend gemacht wird, wie es geschehen müßte, wenn man ernstlich damit rechnete, sie durchzusetzen. Das Handwerk der Opposition hat nachgerade in Deutschland eine gewisse Abmilderung mit den politischen Methoden

der Regierung angenommen: beide bewegen sich tagen lang auf der gleichen Linie, beide lassen neue führende Ideen vermischen, an denen die Geister, erschüttert, emporsteigen, in Verwirrung geraten, wie sie sind, sich neu orientieren könnten. Und da wir nun doch einmal darauf angewiesen sind, praktische Politik zu treiben, so sollte sich jeder, der heute nach Regierungswechsel und Reichstagsauflösung und Neuwahlen ruft, vorher doch gewissenhaft fragen, ob wir nicht vielmehr der ungeduldrigen Entente gegenüber alle Kräfte, die der Regierung, wie der Oppositionsparteien, auf die Möglichkeit einer erfolgreichen Abwehr der unsinnigen, unüberwindlichen Forderungen unserer Gegner vereinigen müssen. Auf dieses Ziel ist im Augenblick der Wille der Reichsregierung gerichtet. Daran darf nach dem scharfen Aufreizen Dr. Brüning kein Zweifel sein. Insofern ist die Regierung diesmal auf praktische Politik eingestellt, und alle, die es angeht, sollten sie bei diesem Abwehrwillen festhalten. Herr Brüning hätte sich namentlich im Ton seiner Antwortrede nicht so weit gegen die Unverständlichkeit des Reparationsausdrucks vorgewagt, wenn im Hintergrunde seiner Gedanken bereits die Genetatschheit zum Einschwenden, zum Annehmen und zum Unterschreiben geschlummert hätte.

Diese Reichstagsrede kann bereits, so wie sie ist, eine weitere Verschärfung unserer außenpolitischen Lage zur Folge haben, und der Kanzler wird ihr nur die Stirn bieten können, wenn die einheitsliche Stimmung des deutschen Volkes nicht zerstört wird. Auch die innerpolitischen Gegner der Regierung müssen sich diesmal der Einheitsfront anordnen. Die Entente würde eine neue Regierung, sie möge von rechts oder von links her genommen sein, sicher nicht milder behandeln als die Herren Dr. Brüning und Dr. Rathenau. Also muß jedermann ihnen beistehen in der gegenwärtigen Not, ohne Rücksicht darauf, wer sie verschuldet hat. Frankreich rüft sich, wenn nicht alles läßt sich, zu einem Kampf auf Leben und Tod mit Deutschland. Da kann es für jeden Deutschen, der seine Heimat liebt, nur eine Forderung des Tages geben.

Die Einheitsfront der Presse.

Aberwiegend Zustimmung zur Kanzlerrede
Nachdem schon der deutsch-nationale Abgeordnete Hergt im Anschluß an die Rede des Reichskanzlers die „Einheitsfront“ begrüßt hatte, die sich seit langer Zeit nicht in solcher Ausdehnung im Reichstage gezeigt hatte, kann es nicht ausfällig erscheinen, daß auch die Berliner Parteipresse die Ausführungen des Kanzlers im wesentlichen billigt. Eine Ausnahme hiervon machen allerdings die deutsch-nationalen Blätter, die eine schärfere Kritik üben als der deutsch-nationale Redner im Reichstage selbst.

Die Kreuzzeitung ist der Ansicht, es könne nur eine wirksame Abwehr der unmöglichen Forderung, nur einen ein-drucksvollen Protest gegen die unwürdige Androhung geben, nämlich den Rücktritt des Erfüllungskanzlers und Änderung des politischen Systems. Die Tatzeitung hat der Kanzler zwar gegen früher etwas geändert, aber die Klopffischei-erei sei geblieben. — Ähnlich urteilt die Deutsche Tageszeitung: „Der Kanzler hält ein großes, zum Teil anerkanntes, wertvolles Plädoyer gegen die Unvernunft der Ententezumutungen und merkt nicht, daß das ein Plädoyer gegen die Erfüllungspolitik ist. Sie hat sich im vollsten Sinne als Katastrophenpolitik erwiesen.“

Die „Einheitsfront“ reicht diesmal in der Presse von der deutschen Volkspartei bis zu den Un-abhängigen, und nur mehr oder minder große Vorbehalte und abschwächende Wünsche werden der grundsätzlichen Zustimmung angehängt.

Die Tägliche Rundschau ist noch sehr zweifelhaft und sagt: „Es war ein Nein; aber es war ein Nein mit Vorbehalten und Hinterhalten. Es war höchstens die Knoche eines richtigen Nein, eine Knoche in einem sehr winterlichen Frühjahr, eine Knoche im Märzschnee; kein Mensch kann wissen, ob sie im Frost sterben oder doch noch Wärme und Frucht werden wird.“ — Weit klarer stimmt das Parteiorgan der Volkspartei, Die Zeit, dem Kanzler zu: „Der Kanzler hat im zweiten Teil seiner Rede noch dem letzten Nein wieder die Hoffnung auf Verhandlungen gesetzt und damit Misstrauen und Mißtrauen bei vielen Mitgliedern des Hauses erregt. Aber die Lage ist doch eine völlig verschobene. Demalshandelte es sich um Stimmungen und Meinungen der Parteien; hier um eine wohlbedachte, einstimmige und vom gesamten Reichstag gebilligte oder doch nicht widersprochene Willensmeinung der Regierung.“ — Das Zentrum-blatt Germania und die demokratische Pressezeitung legen besonderen Wert auf die Wirkung der Rede im Ausland. Wenn die Welt bedenke, daß gerade der „Erfüllungskanzler“ solche Worte wie diesmal sprach, dann brauche man um den Erfolg nicht bange zu sein. Jetzt trete allerdings die internationale Krise erst in ihr entscheidendes Stadium. Aber das „Nein“ des Kanzlers werde bestehen bleiben, selbst wenn man nun in Paris erst zum eigentlichen Angriff blasen sollte. — Die Volksliche Zeitung verteidigt den am meisten angegriffenen zweiten Teil der Kanzlerrede und nennt ihn den eigentlichen „politischen“ Teil, dem das Ausland besondere Beachtung schenken möge. — Der Vorwärts stellt fest: „Die Erklärung des Kanzlers und die Haltung der Regierung gegenüber den Forderungen der Reparationskommission finden im allgemeinen die Billigung der sozialdemokratischen Fraktion. Sie unterstützt jedes Bestreben, durch ehrliche Verhandlungen die Lage unseres Landes zu verbessern und weil jeden Versuch nationalisistischer Kupplung zurück.“ — Selbst die unabhängige Freiheit schreibt: „Was der Reichskanzler mit teilweise sehr scharfen Worten gegen den Versuch des Eingriffs in die deutsche Finanzhoheit geltend machte, entspricht im großen und ganzen auch unserer Auffassung. So scharf wir auch stets die Mängel der deutschen Steuerberan-lagung und Steuerkontrolle kritisiert haben, so unmöglich ist es doch, nun der Entente die Oberhoheit über die deutsche Steuerberanlagung zu überlassen.“

Ganz links schließen sich die Kommunisten von dem Chor der Zustimmung an und nennen die Kanzlerrede in der „Roten Fahne“ ein klägliches Gefummel. Aber auf dieser Seite ist der Widerspruch immer so grundsätzlicher Natur, daß er den allgemeinen Eindruck der weitgehenden Einmütigkeit im Urteil über diese Rede kaum beeinflusst.

Das Ausland zur Kanzlerrede.

Pressestimmen aus England und Frankreich.
Die Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning im Reichstage zur Reparationsnote wird von den englischen Blättern in ausführlicher Fassung veröffentlicht, bisher nimmt jedoch nur ein Teil der Blätter dazu Stellung.
„The Westminster Gazette“ schreibt, die Antwort Brüning sei unvermeidlich gewesen. Deutschland sei nicht in der Lage, die ihm gestellten Forderungen voll zu erfüllen. Der Geldmarkt lasse sich nicht durch Gesetze bewegen. Früher oder später würden die Nationen auf die nackte Wahrheit stoßen, daß der